

Pazifisten im Kalten Krieg: Einstellungen, Reaktionen und Verhaltensweisen westdeutscher pazifistischer Akteure in den 1950er und frühen 1960er Jahren

Von Guido Grünewald

Es handelt sich um den ungekürzten Vortrag, der im Januar 2017 auf der Jahrestagung des Archivs der Arbeiterjugendbewegung in Oer-Erkenschwick gehalten wurde (siehe auch http://www.arbeiterjugend.de/images/stories/img/Grnewald-Guido_Pazifisten-im-Kalten-Krieg.pdf). Eine gekürzte Version ist abgedruckt in: Mitteilungen 1/2017 Archiv der Arbeiterjugendbewegung, S. 4-11

Der kalte Krieg hat nicht nur einer Epoche den Namen gegeben, er hat auch mehrere Generationen geprägt. Denn es handelte sich nicht allein um eine politische und ideologische Auseinandersetzung, in der es um geopolitischen Einfluss, wirtschaftliche Überlegenheit und technologisch-wissenschaftliche Dominanz ging. Die Formierung zweier antagonistischer Blöcke gepaart mit einem anhaltenden Rüstungswettlauf führte zu tiefen Polarisierungen in den betroffenen Gesellschaften. Der Kalte Krieg schrieb sich so auch in den persönlichen Alltag der sich als friedlich verstehenden westlichen Demokratien ein. Auch wenn er die Bürgerinnen und Bürger nicht körperlich verletzte, wurde ihnen dennoch Gewalt angetan, indem die (allgegenwärtige) Simulation des Konflikts ihre Einbildungskraft und Vorstellungswelt penetrierte und formte. Eine seit einige Jahre betriebene Gesellschaftsgeschichte des Kalten Krieges zeigt, wie tief der Konflikt in fast alle Bereiche der Gesellschaft eindrang: Wirtschaft und Landwirtschaft sollten ebenso wie die Bildungs- und Umweltpolitik für die Auseinandersetzung mit dem Feind gerüstet werden; selbst die Stadtplanung war teilweise von militärischen Erwägungen geleitet. Eine massive Ausweitung des Wohlfahrtsstaates, die Loyalität sichern sollte, ging einher mit gesteigerten staatlichen Ansprüchen an die Bürgerinnen und Bürger vor allem bez. Wehrdienst und Zivildienst. Da angesichts von Atomraketen eine Unterscheidung zwischen Front und Heimat nicht mehr möglich war, war die Mitarbeit aller bei der Landesverteidigung gefragt; eine geistige Mobilisierung erschien unumgänglich. Global wurde der Kalte Krieg in der Peripherie der sog. Dritten Welt als konventioneller Stellvertreterkrieg mit hohen Opferzahlen militärisch ausgetragen.¹

Es gibt neuere Überlegungen, die Epoche des Kalten Krieges zeitlich über den Ost-West-Konflikt – beginnend mit der Oktoberrevolution 1917 und endend mit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 – auszudehnen und in „eine längere Gewaltgeschichte der Moderne“ einzubetten.² Ich beschränke mich in diesem Beitrag auf die 1950er und frühen 1960er Jahre. In Deutschland war der Kalte Krieg besonders ausgeprägt, waren doch beide deutsche Teilstaaten Kinder dieses Konflikts. Die Systemkonkurrenz vollzog sich hier innerhalb eines Volkes und führte in beiden Teilstaaten zu ausgeprägten Feindbildern, die von den Regierungen und Institutionen kräftig geschürt wurden. In der Bundesrepublik konnte der Antikommunismus an das antibolschewistische Feindbild der NS-Zeit fast nahtlos anknüpfen.

Er wurde von der Bundesregierung unter Konrad Adenauer quasi zur Staatsdoktrin erhoben, zu einer alle Bereiche der Gesellschaft umfassenden Abwehr- und Immunisierungsideologie gegenüber dem kommunistischen Feind ausgebaut und als Herrschaftsinstrument gegen innenpolitische Gegner sowie dafür verwendet, eine widerspenstige Bevölkerung auf eine Linie mit Adenauers außen- und militärpolitischen Zielen zu bringen. Der Kanzler dachte in dieser Hinsicht ganz traditionell: Ein Staat musste „zur allgemeinen Anerkennung und Durchsetzung seiner Politik“ über ausreichende Streitkräfte verfügen. Diese waren „ein Mittel der Politik und der Macht des Staates an und für sich“ und kein Resultat einer potentiellen Bedrohung. Streitkräfte begründeten vielmehr „Respekt und Status auch gegenüber Verbündeten und befreundeten Staaten“.³ In diesem Sinne verfolgte Adenauer eine Politik, durch die außen- und militärpolitische Westbindung eine möglichst weitgehende Souveränität der Bundesrepublik – diese stand bis 1949 unter Kriegs- und bis 1955 unter Besatzungsrecht - zu erreichen. Adenauers Weigerung, den von Alliierten durchgesetzten Verzicht auf Atomwaffen „als Dauerzustand zu akzeptieren“⁴, sollte in späteren Jahren wiederholt zu schweren Konflikten in der NATO vor allem mit den USA führen. Die Wiedervereinigung rückte ungeachtet aller Rhetorik als (mögliches) Fernziel in den Hintergrund.

Die Wiederbewaffnung der BRD nach dem zweiten Weltkrieg

Während die Bevölkerung die politische Westintegration unterstützte, lehnte sie die Aufstellung einer neuen Armee mit überwältigender Mehrheit ab. „Nie wieder Militär!“ lautete die Parole der Nachkriegsjahre. Die Ablehnung speiste sich aus pazifistischen Motiven, die auf den schrecklichen Gewalterfahrungen des 2. Weltkriegs beruhten, einer nationalen bis nationalistischen Einstellung (wenn schon eine Armee notwendig war, sollte es eine deutsche und keine europäische oder alliierte sein) und aus Ressentiments gegenüber den Siegermächten, weil diese Teilgruppe für die Zeit in Wehrmacht und Krieg ihre persönliche Ehre und Integrität beschmutzt sah.⁵ Auch wenn ab etwa 1952 die Frage nach der allgemeinen Notwendigkeit von Streitkräften mehrheitlich zögernd bejaht wurde, waren die Menschen mit großer Mehrheit weiter nicht bereit, sich persönlich daran zu beteiligen; noch 1962 lehnten 50 Prozent der Befragten für sich und ihre Familienangehörigen eine Wehrdienstpflicht ab.⁶ Das erscheint paradox, weil die meisten gleichzeitig an eine Bedrohung durch die Sowjetunion glaubten; offenkundig herrschte die Ansicht vor, eine Verteidigung gegen die Russen sei ohnehin sinnlos und wenn überhaupt Sache der Alliierten, die ja in Westdeutschland das Sagen hätten.⁷ Die traumatische Angstvorstellung, dass „die Russen kommen“, war ein geradezu klassischer Fall einer Projektion, „in welcher der Gegner zum Ebenbild der eigenen Fiktionen wird. Konkret bedeutete dies, dass die Deutschen der 1950er Jahre befürchteten, die Russen könnten ihnen eben das antun, was sie selbst, die Deutschen, den Russen in den Jahren 1941-1945 tatsächlich“ angetan hatten.⁸

Für Konrad Adenauer, der offenbar selbst von einer obsessiven Russenfurcht befallen war⁹, und seine Gefolgsleute war der Ost-West-Konflikt ein Kampf zwischen Gut und Böse. Der

kommunistische Feind musste nach außen wie im Inneren kompromisslos bekämpft und letztlich besiegt werden, weil sonst angesichts des bolschewistischen Expansionsdrangs die eigene Vernichtung drohe. Diese Vorstellung teilten die Aktiven in den Friedensorganisationen nicht. Sie betrachteten die Auseinandersetzung zwischen Ost und West als - wenn auch übersteigerten - Machtkampf und sahen in der Sowjetunion nicht den Todfeind, sondern einen normalen Gegner, der zwar mit harten Bandagen kämpfte, aber grundsätzlich ebenso wie das westliche Lager nicht an einem Krieg interessiert war. Eine Wiederbewaffnung lehnten sie für beide deutsche Staaten ab, teilweise aus einer prinzipiellen Orientierung an Gewaltlosigkeit heraus, teilweise aufgrund einer antimilitaristischen Einstellung (deutsche Armeen seien immer antidemokratische und arbeiterfeindliche Machtinstrumente gewesen) sowie aus politischen Motiven (eine Aufrüstung gegen die Sowjetunion mache eine Wiedervereinigung unmöglich; außerdem verschärfe ein Wettüben die Spannungen zwischen den Blöcken und erhöhe die Kriegsgefahr). Außenpolitisch lief das auf ein neutrales Gesamtdeutschland hinaus, dessen Sicherheit durch die UNO oder durch Garantiemächte gewährleistet werden sollte.¹⁰ Von den neutralistischen Strömungen der 1950er Jahre, deren Sammlungsversuch im „Deutschen Kongress“ schon 1951 aufgrund stark unterschiedlicher Vorstellungen und persönlicher Eitelkeiten scheiterte, hielten sich die Friedensorganisationen jedoch weitgehend fern.¹¹ Denn im Gegensatz zu dort vertretenen nationalistischen Haltungen und Orientierungen beispielsweise auf eine „Volksgemeinschaft“ waren die Pazifisten überzeugte Verfechter der parlamentarischen Demokratie. Bereits in der Weimarer Zeit hatten sie zu den entschiedensten Verteidigern der Republik gezählt.¹² Mit der Orientierung auf Kriegsdienstverweigerung zielten große Teile der Bewegung außerdem auf die Aktivierung des Einzelnen und betonten so die Bedeutung persönlicher Verantwortungsübernahme in einer wichtigen politischen Frage.

Die Friedensorganisationen in der BRD während der 1950er Jahre

Die wichtigsten pazifistischen Organisationen der Nachkriegszeit waren die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG), die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK), der deutsche Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes (IVB) und die Weltorganisation der Mütter aller Nationen (W.O.M.A.N.). Sie hatten im Oktober 1949 die ADF gegründet.¹³ Der Zusammenschluss blieb organisatorisch und personell ebenso schwach wie die einzelnen Organisationen, die bis Ende der 1950er Jahre zu bundesweiten Aktionen nicht in der Lage waren. Parteipolitisch blieben die Pazifisten isoliert. In der SPD wurden sie als Minderheit geduldet¹⁴, die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) scheiterte bei der Bundestagswahl 1953 auf ganzer Linie. Unterstützung fanden die Pazifisten am ehesten bei Teilen der protestantischen Kirchen (vor allem aus dem Kreis der Kirchlichen Bruderschaften) und der Gewerkschaften sowie bei sozialdemokratisch geprägten Jugendverbänden wie Gewerkschaftsjugend, Naturfreundejugend und SJD Die Falken, in denen eine antimilitärische Haltung und die Abneigung gegen einen Wehrdienst hoch waren. Störend wirkte sich allerdings auch hier die – mit Ausnahme der kurzfristigen Paulskirche-Aktion Anfang 1955 und der Kampagne Kampf dem Atomtod (KdA) im Frühjahr 1957 – strikte

Ablehnung außerparlamentarischer Aktionen durch die SPD aus. Immerhin gelang es den Pazifisten in Zusammenarbeit mit diesen Kräften, die schlimmsten Auswüchse der von konservativer Seite angestrebten Aushebelung des Artikels 4 Absatz 3 Grundgesetz abzuwehren. Nicht verhindern konnten sie, dass das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung zu einem Ausnahmerecht umdefiniert und strikt abschreckend gestaltet wurde.¹⁵

Der kalte Krieg mit seiner ideologischen Zuspitzung in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik beschäftigte die Friedensorganisationen in mehrfacher Weise. Als Gegner der Wiederaufrüstung und einer Politik der Stärke waren sie bereits per se verdächtig, als Agent oder zumindest naiver Helfer („nützlicher Idiot“) das Geschäft „des Ostens“ zu betreiben. Mit dem 1. Strafrechtsänderungsgesetz (dem sog. Blitzgesetz) wurde im August 1951 ein vorverlegter Staatsschutz geschaffen. Das neue Strafrecht war mit Generalklauseln und „unbestimmten, also besonders dehnbaren Rechtsbegriffen gespickt“, die von den Richtern „geradezu exzessiv“ ausgelegt wurden.¹⁶ Vordergründig primär gegen die KPD gerichtet, erfasste das Gesinnungsstrafrecht bald auch missliebige politische Einstellungen, etwa mittels des Begriffskonstrukts „Kontaktschuld“, dessen Wirkung Diether Posser folgendermaßen beschrieben hat: „So wie in der griechischen Sage der phrygische König Midas alles, was er berührte, in Gold verwandelte, so wurde alles, was Kommunisten unterstützten, sofort verfassungsfeindlich.“¹⁷ Etwa 125.000 Ermittlungs- und Strafverfahren wurden zwischen 1949 und 1968 gegen Kommunisten und andere politische Gegner eingeleitet. Auch wenn es „nur“ zu 7.000 Verurteilungen kam, stellten die oft langwierigen Ermittlungsverfahren für die Betroffenen eine hohe psychische Belastung dar.¹⁸ Von Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Strafverfahren, Kündigung bzw. Herausdrängen aus ihrem Beschäftigungsverhältnis oder auch „offener Beschattung“ durch den Verfassungsschutz waren in den 1950er und frühen 1960er Jahren auch Pazifisten betroffen. Hinzu kamen Schikanen von Behörden wie die Beschlagnahme von Materialien und das Verbot von Versammlungen oder der Nutzung zentral gelegener Plätze und Straßen.¹⁹ Außerdem wurden Friedensorganisationen über die Jahre hinweg von staatlicher wie vorstaatlicher Seite mit der Veröffentlichung dubioser Listen systematisch in den Geruch kommunistischer Steuerung gebracht.²⁰ Da half es wenig, wenn offizielle staatliche Stellen gelegentlich das Gegenteil bescheinigten.²¹

Dürfen Pazifisten mit kommunistisch beeinflussten bzw. der Beeinflussung verdächtigten Organisationen Zweckbündnisse schließen?

Arge Bauchschmerzen bereitete den Friedensorganisationen die Frage, wie sich im Kalten Krieg eine eigenständige Position formulieren und durchhalten ließ. Eine vollständige Unabhängigkeit war nicht möglich, fanden sich die PazifistInnen doch im Zentrum des Kalten Krieges wieder und verorteten sich von wenigen Ausnahmen abgesehen ideologisch im Lager einer liberalen Demokratie. Was also bedeutete weitgehende Unabhängigkeit? Diese Frage stellte sich einmal innenpolitisch als Problem von Abgrenzung und partieller Kooperation. Erforderte eine möglichst unabhängige Haltung eine strikte Abgrenzung von

kommunistischen Organisationen und Vorfeldorganisationen oder war eine partielle Zusammenarbeit auch mit Kommunisten möglich, ohne sich instrumentalisieren zu lassen? Was war mit Gruppen, die lediglich verdächtigt wurden, unter kommunistischer Beeinflussung zu stehen, während die tatsächlichen Verhältnisse komplexer waren? Den Weg rigoroser Abgrenzung wählte der Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK), der 1958 aus der Gruppe der Wehrdienstgegner (GdW, Gründung 1953) und einigen ehemaligen Gruppen der IdK entstanden war. GdW und VK standen der SPD und Gruppen der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterjugendbewegung nahe und verpflichteten ihre Mitglieder auf einen antikommunistischen Kurs.²² Beweggründe waren neben ehrlicher Überzeugung die Furcht vor eigener Verfolgung und der Wunsch, Einfluss auf den Kurs der SPD nehmen zu können, die ihrerseits eine scharfe Abgrenzungspolitik von jeglichen außerparlamentarischen Aktionen betrieb, die nicht unter ihrer Kontrolle standen. Vor Diffamierung und Repression schützte das nicht: Der VK-Vorsitzende Wilhelm Keller verlor im Frühjahr 1960 aufgrund seines pazifistischen Engagements seine Dozentenstelle an der Nordwestdeutschen Musikakademie in Detmold.²³ Werner Böwing, sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionär in Solingen und im VK-Vorstand aktiv, berichtet in seinen Erinnerungen mit spürbarer Enttäuschung von den Verdächtigungen und Behinderungen, die er und die Ostermarsch-Bewegung in der ersten Hälfte der 1960er Jahre seitens der SPD und teilweise auch seitens der Gewerkschaften erfuhren.²⁴

In der DFG und der IdK waren die Einstellungen vielfältiger. Von der KDP und kommunistisch gelenkten Gruppen distanzierten sich beide Organisationen; an der 1951 verbotenen Volksbefragungsaktion gegen Remilitarisierung beteiligten sie sich nicht.²⁵ Im Unterschied zum zentralistisch organisierten VK ächteten sie aber nicht summarisch Organisationen wie die 1952 entstandene Westdeutsche Frauenfriedensbewegung, die unter dem Vorsitz der katholischen Pazifistin Klara Marie Fassbinder als Basisbewegung um die Zeitschrift „Frau und Frieden“ fungierte und sowohl Kontakte mit Kommunistinnen als auch Ostkontakte nicht scheute. Von Beginn an diffamiert, gelang es der WFFB, eine eigenständige Position zu behalten²⁶; das im Februar 1955 erfolgte Verbot in Rheinland-Pfalz wurde vom OVG Koblenz im Mai 1960 aufgehoben.²⁷ Ob man mit der WFFB oder der im Dezember 1960 gegründeten DFU zusammenarbeiten könne, darüber wurde in der DFG und in der IdK immer wieder gestritten. Auch hier grenzte sich ein Teil der Aktiven teils aus Überzeugung, teils aus taktischen Gründen ab, während andere eine partielle Zusammenarbeit praktizierten. In der IdK kam hinzu, dass der Bundesvorstand schwach und die Gruppen weitgehend autonom waren. Die Beweggründe für praktizierte Zusammenarbeit waren durchaus vielfältig. So verbot dem pazifistischen protestantischen Theologen Arnold Haumann, der im Rahmen der Jugendprotete gegen die Wiederaufrüstung punktuell auch mit der westdeutschen FDJ zusammenarbeitete, seine demokratische Grundeinstellung, bestimmte Personengruppen grundsätzlich von einer Mitarbeit ausschließen. Gleichzeitig mühte er sich, wachsam und kritisch zu sein. Haumann schreibt in seinen Erinnerungen: „Ich habe durch eigene Erlebnisse gelernt, bei Gemeinsamkeiten mit Kommunisten meinen persönlichen Standpunkt deutlich zu vertreten. Beim Reflektieren darüber habe ich auch die Kenntnis gewonnen, dass das

kommunistische Parteimitglied im Konfliktfall immer der Partei gehorsam ist und damit persönliche Einsichten unterdrückt.. Dadurch wird faire Zusammenarbeit sehr erschwert.“²⁸ Vor Diffamierung und Strafverfolgung schützte ihn diese klare Haltung nicht.²⁹ Bei anderen Friedensaktivisten standen praktische Überlegungen im Vordergrund. Wenn Distanzierung ohnehin nicht vor Diffamierung schützte, die Sozialdemokratie aber Straßenaktivitäten der Friedensorganisationen bekämpfte und dadurch Aktive ausfielen, warum dann nicht punktuell mit Kommunisten oder ihnen Nahestehenden zusammenarbeiten, „denn die Arbeit“ – so Werner Böwing – „musste ja getan werden“.³⁰ Dabei ging es nicht um finanzielle Unterstützung, wie häufig unterstellt wird, sondern um praktische Tätigkeiten wie Flugblätter verteilen, Unterschriften sammeln, Plakate kleben usw.. Kommunisten, so die übereinstimmenden Beobachtungen zahlreicher Pazifisten, taten diese elementaren Dinge zuverlässig und ohne Murren. Ohnehin war ja nicht von vornherein ausgemacht, dass im gemeinsamen Kontakt die Beeinflussung nur in die eine – die kommunistische Richtung – laufen musste. Ungeachtet einer ideologischen Erstarrung gab es Berührungsansätze. In den frühen 1950er Jahren dominierte bei den westdeutschen Kommunisten ein „antimilitärischer Grundkonsens“, der sich als Abneigung gegenüber jeglichem Militär und militärischen Drill und in Distanz auch gegenüber einer Nationalen Volksarmee in der DDR zeigte.³¹ Weitere Beweggründe, die beispielsweise zahlreiche Pazifisten 1960/61 in die als Sammlungspartei wahrgenommene DFU führten, waren Kriegsangst und Verzweiflung. „Mit dem Beginn des neuen Jahres sind wir, so glaube ich, wieder einmal in die letzten 5 Minuten vor zwölf eingetreten“, schrieb das IdK-Mitglied Lothar Schirmmacher im Januar 1961.³² Schirmmacher war bis Dezember 1960 Vorsitzender eines SPD-Stadtbezirks in Kassel gewesen. Jetzt sah er angesichts einer auf NATO-Kurs eingeschwenkten SPD, der internationalen Zuspitzung (Berlinkrise, geplatzte Pariser Gipfelkonferenz), atomarer Aufrüstungsbestrebungen der Bundeswehrführung (Generalsdenkschrift) und der Planungen für Notstandsgesetze eine unmittelbare Kriegsvorbereitung, die nur noch durch eine Sammlung aller Kriegsgegner gestoppt werden könne. Dass die Wahrnehmung einer zugespitzten Bedrohung nicht falsch war, zeigte das Drängen der Bundesregierung gegenüber den USA, auf den Mauerbau im August 1961 militärisch sogar mit dem Einsatz von Atomwaffen zu reagieren.³³ Dennoch war die Vorstellung einer unmittelbar bevorstehenden Katastrophe Resultat einer verzerrten Wahrnehmung, entstellt durch die Imaginationen und Angstmuster des Kalten Krieges. Kriegsangst und Enttäuschung über ihre nun vollständige parteipolitische Isolierung ließ eine nicht unbeträchtliche Zahl aktiver Pazifisten die schon bald spürbare Dominanz von Kommunisten in der neuen Partei übersehen³⁴; die IdK hätte der Streit um eine sehr große Nähe von Teilen der Organisation zur DFU fast zerrissen. Manche Friedensaktivisten entwickelten sich vornehmlich seit den 1960er Jahren zu Anti-Antikommunisten, die aus Angst, den ideologisch verfestigten Antikommunismus in der Bundesrepublik zu verstärken, auf öffentliche Kritik an den Verhältnissen in den realsozialistischen Staaten sowie an Handlungen dieser Staaten verzichteten und mit der Zeit teilweise jede kritische Distanz verloren.³⁵

Die Zusammenarbeit mit Friedensorganisationen aus Osteuropa und der DDR

Eine zweite Dimension der Unabhängigkeitsproblematik betraf die deutsch-deutsche und die internationale Arena. Sollten pazifistisch ausgerichtete Friedensorganisationen in direkten Kontakt zu den offiziellen Friedensräten bzw. –komitees in den osteuropäischen Staaten treten? Waren Gespräche mit diesen Organisationen an Vorbedingungen zu knüpfen und welcher Art sollten diese sein? War eine Teilnahme an den vom Weltfriedensrat periodisch ausgerichteten großen internationalen Konferenzen sinnvoll oder fungierten Pazifisten dort nur als nützliche Staffage? Eine eigene Positionsbestimmung, die darauf abzielte, sich der ideologischer Vereinnahmung durch die in beiden Blöcken vorherrschenden Feindbilder und Stereotypen zu entziehen, war auch deshalb so schwierig, weil für die Tätigkeit von Friedensbewegungen in Ost und West eine „strukturelle Asymmetrie“ bestand, die auf der pluralistisch-demokratischen Verfasstheit der westlichen Gesellschaften beruht.³⁶ Während Friedensbewegungen im Westen – meist als Minderheit – Teil einer Öffentlichkeit sind, die Regierungshandeln kritisiert, waren in den östlichen Gesellschaften regierungskritische Organisationen oder Medien nicht zugelassen; eine kontroverse öffentliche Debatte war auch nicht in Ansätzen möglich. In westlichen Gesellschaften hatten kommunistische und ihnen nahe stehende Organisationen zudem eine Doppelfunktion: einerseits agierten sie – wenn auch teilweise unter einschränkenden Bedingungen – als Teil der gesellschaftlichen öffentlichen Opposition, andererseits orientierten sie sich an den Interessen einer der beiden Blockvormächte, der Sowjetunion, oder vertraten diese sogar.

Die meisten Pazifisten waren sich der Problematik bewusst. Dass der Weltfriedensrat – auch finanziell – unter starkem sowjetkommunistischen Einfluss stand, dass eine Kritik an der Rüstungspolitik der Sowjetunion dort allenfalls marginal und punktuell möglich war, dass Pazifismus und Kriegsdienstverweigerung von den osteuropäischen Friedenskomitees für die eigenen Länder abgelehnt wurden, das wussten die Pazifisten. Die Schlussfolgerungen, die sie zogen, waren allerdings unterschiedlich. Der VK vertrat eine harte Linie der Abgrenzung; er warf dem Weltfriedensrat und den nationalen Friedenskomitees vor, sich der „westlichen Dummköpfe“ nur zu bedienen, um „propagandistische Einheitsfront der Friedenskräfte aus Ost und West zu mimen.“³⁷ Zu Gesprächen war der Verband erst bereit, wenn die Weltfriedensbewegung die östliche Militärpolitik kritisiere und für die Verbreitung der Kriegsdienstverweigerung in Osteuropa eintrete. Eine derartige Haltung, die als Vorbedingungen von Kontakten von der Gegenseite die Übernahme der eigenen Positionen verlangte, fand auch in der DFG und der IdK teilweise Resonanz. Andere Pazifisten betrachteten den Weltfriedensrat differenzierter. Ungeachtet seiner eindeutig östlichen Schlagseite sahen sie ihn nicht eindimensional als vollständig monolithischen Block.³⁸ Die Weltfriedenskongresse, auf denen in den 1950er Jahren tatsächlich größtenteils Redefreiheit herrschte, wollten sie nutzen, die eigene Haltung darzulegen und für ein wirkliches Kennenlernen der gegenseitigen Positionen – statt bloßer Äußerung bekannter Standpunkte - und ein argumentierendes Gespräch zu werben. Dahinter stand eine Haltung, die alle Kongressteilnehmer als individuelle Menschen betrachtete, die auf der Grundlage ehrlicher, streckenweise durchaus hart geführter Gespräche bei gutem Willen zu einer Verständigung

fähig waren. Eine Minderheitenposition ohne Polemik darzulegen vor einem großen Forum Andersdenkender erforderte Mut; Furchtlosigkeit und Wahrheitsdrang waren zentrale Eigenschaften von Menschen wie Klara Marie Fassbinder oder Heinz Kraschutzki, der in der IdK hartnäckig für Gespräche mit der anderen Seite plädierte.³⁹ Dass die Teilnahme westlicher Pazifisten propagandistisch herausgestellt wurde, ihre Argumente der Bevölkerung in den osteuropäischen Staaten aber vorenthalten blieben, war den Pazifisten durchaus bewusst. Andererseits beobachtete etwa Arnold Haumann mit Sorge, dass die von Wunschdenken geprägten „Erfolgsberichte“ westdeutscher kommunistennaher Teilnehmer bei sowjetischen Diplomaten bereits vorhandene Fehleinschätzungen in Bezug auf die Möglichkeiten der bundesrepublikanischen Opposition gegen die Wiederbewaffnung verstärkten.⁴⁰ In späteren Jahren nahmen manche Teilnehmer aus den Reihen von DFG und IdK bei den Weltfriedenskongressen teilweise eine anti-antikommunistische Haltung ein, die zu erheblichen innerverbandlichen Konflikten führte.⁴¹

Noch schwieriger war die Konstellation für die Pazifisten auf der deutsch-deutschen Ebene. Die DFG war in der DDR ab Januar 1949 verboten, ein Antrag auf Zulassung der IdK wurde 1952 abgelehnt. Dies und die Ablehnung der Kriegsdienstverweigerung, die für IdK und VK ein Hauptbetätigungsfeld darstellte, stellten schwere Hindernisse für einen direkten Kontakt zum Deutschen Friedensrat (ab 1962 Friedensrat der DDR) dar.⁴² Konnte der Friedensrat in den 1950er Jahren noch argumentieren, dass in der DDR kein militärischer Zwangsdienst geplant sei, änderte sich die Situation, als im Januar 1962 die allgemeine Wehrpflicht ohne ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung eingeführt wurde. Der VK, aber auch eine Mehrheit der Aktiven in der IdK waren zu einem Gespräch mit dem Friedensrat nur bereit, wenn das Thema Kriegsdienstverweigerung eine zentrale Rolle spielte; umgekehrt beharrte der Friedensrat auf der Ausklammerung dieses Themas.⁴³ 1962 kam daher eine ventilerte Reise einer IdK-Delegation zum Friedensrat nicht zustande. Erst 1964 nahm der neue Vorsitzende Helmut Michael Vogel eine Einladung zu einem Kolloquium in Gotha anlässlich des 50. Todestages Bertha von Suttners an. Vogel betonte in seiner Rede die gemeinsamen Aufgaben auf dem Gebiet der Abrüstung, stellte aber gleichzeitig fest, es sei nicht Aufgabe der IdK, „die speziellen außenpolitischen Vorstellungen der DDR-Regierung zu verbreiten bzw. zu kommentieren.“⁴⁴ Die Deutsche Friedensgesellschaft ging einen anderen Weg. In direkten Gesprächen mit dem Friedensrat versuchte eine 1958 gebildete Wiedervereinigungskommission (1959 in Deutschlandkommission umbenannt), mögliche Wege zur deutschen Wiedervereinigung zu ergründen. Die DFG, die keinen Zugang zu jüngerem Nachwuchs fand, überschätzte sich dabei allerdings; zudem waren die Kommissionsmitglieder untereinander zerstritten.⁴⁵ Es zeigte sich jedoch auch, dass der Friedensrat nicht zu einem echten Gespräch bereit war und letztlich darauf abzielte, die Kommissionsmitglieder zur Übernahme der offiziellen deutschlandpolitischen Forderungen der DDR-Führung zu bewegen.

Möglichkeiten und Grenzen unabhängigen pazifistischen Handelns

Der – ausschließlich mit privaten Spenden finanzierte - San Francisco-Moscow Peace March amerikanischer und europäischer Pazifisten mit deutscher Beteiligung illustriert die Möglichkeiten und Grenzen unabhängigen pazifistischen Handelns in und zwischen den Blöcken. Vom 1. Dezember 1960 bis zum 03. Oktober 1961 durchquerte eine Kerngruppe von 15-35 Menschen zu Fuß die USA, England, Belgien, die beiden deutschen Staaten, Polen und die Sowjetunion und forderte von den Regierungen dieser Staaten einseitige Abrüstung.⁴⁶ In einem mehrsprachigen Flugblatt sprachen die Teilnehmer die einzelnen Menschen an und riefen sie auf, für den Frieden aktiv zu werden. Widerstände und Behinderungen erfuhren die Friedensmarschierer in Westen und Osten – Frankreich sperrte ihnen die Grenze, in der Bundesrepublik wurden die Teilnehmer einer verbotenen Protestaktion vor dem Verteidigungsministerium verhaftet, in der DDR führte der Marsch durch ländliche Gebiete und wurde anfangs von jungen Männern begleitet, die Propagandaparolen mit sich trugen.⁴⁷ Andererseits genossen die Pazifisten volle Redefreiheit, in Polen und der UdSSR sprachen sie abends in durchaus kontroversen Diskussionen vor bis zu 600 Menschen (die Gruppe führte eigene Dolmetscher mit). Gleich zweimal wurden die Friedensmarschierer mit der harten Realität des Kalten Krieges konfrontiert: just für den 13. August 1961 war eine simultane Demonstration in beiden Teilen Berlins geplant; die DDR-Behörden brachen den Marsch ab. Als am 15. September die sowjetische Westgrenze erreicht wurde, hatte die UdSSR soeben wieder ihre atmosphärischen Atomtests aufgenommen.

Das Teilziel, mit dieser gewaltigen Kraftanstrengung u.a. den Verdacht kommunistischer Beeinflussung zu zerstreuen, wurde nicht erreicht; ausgerechnet die Schweigemahnwache auf dem Roten Platz in Moskau wurde zumindest in der Bundesrepublik propagandistisch verfälscht.⁴⁸ Egal, wie sich die Pazifisten konkret positionierten: alleine schon die Tatsache, dass sie nicht bereit waren, in der Gegenseite den ideologischen Todfeind zu sehen, der auf die Eroberung und Vernichtung der westlichen Gesellschaft abzielte, und diesen aggressiv und offensiv zu bekämpfen machte sie verdächtig.⁴⁹ Dass Pazifisten wie Klara Marie Fassbinder, Arnold Haumann, Heinz Kraschutzki oder Martin Niemöller sich in Gesprächen in Osteuropa durchaus mit Erfolg für Menschen einsetzten, die aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt wurden, wurde verschwiegen oder nicht zur Kenntnis genommen.⁵⁰ Ob und in welchem Maße pazifistische Aktivitäten dazu beigetragen haben, dass die Entspannungspolitik Ende der 1960er Jahre auch in der Bundesrepublik eine Chance bekam und sich mit den Ostverträgen und der KSZE in den 1970er Jahre letztlich die Situation in Europa nachhaltig veränderte, ist nicht messbar. Die Pazifisten waren eine kleine Minderheit; sie verfügten nicht über ausgefeilte politische Konzepte und hatten keinen politischen Rückhalt. Letztlich konnten sie nur Impulse geben. Geht man allerdings davon aus, dass politische Kurswechsel wie der zu einer neuen Ostpolitik nicht einsam von politischen Entscheidungsträgern eingeleitet werden, sondern auch gesellschaftliche Stimmungen reflektieren, dann spricht Manches dafür, dass auch die – vor allem im Rahmen der Proteste gegen die Wiederbewaffnung und die atomare Ausrüstung der Bundeswehr

sowie später in der Ostermarschbewegungen - hartnäckig vorgetragenen pazifistischen Argumente einen Anteil am gesellschaftlichen Stimmungswandel hatten. Auf internationaler Ebene hatten direkte Begegnungen und auf Verständigung abzielende Gespräche – im Unterschied zu sturer Betonung des eigenen Standpunkts bzw. stillschweigender Hinnahme oder gar Übernahme der Position des Gegenübers – keine direkt erkennbaren Folgen. Durch Einbezug der menschlichen Dimension wurden jedoch Feindbilder aufgeweicht, was langfristig kaum ohne jede Auswirkung geblieben sein wird.

Anmerkungen

¹ Als frühe Beschreibung siehe Mary Kaldor, *Der imaginäre Krieg. Eine Geschichte des Ost-West-Konflikts*, Berlin 1992. Detaillierte Einzelanalysen in: Patrick Bernhard/Holger Nehring (Hg.), *Den Kalten Krieg denken. Beiträge zur sozialen Ideengeschichte seit 1945*, Essen 2014 und David Eugster/Sybille Marti (Hg.), *Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa*, Essen 2015

² Patrick Bernhard, Holger Nehring und Anne Rohstock, *Der Kalte Krieg im langen 20. Jahrhundert. Neue Ansätze, Befunde und Perspektiven*, in: Patrick Bernhard/Holger Nehring (Hg.), *Den Kalten Krieg denken. Beiträge zur sozialen Ideengeschichte seit 1945*, Essen 2014, S. 11-39, hier S. 15

³ Detlef Bald, *Die Atombewaffnung der Bundeswehr. Militär, Öffentlichkeit und Politik in der Ära Adenauer*, Bremen 1994, S. 66

⁴ Hans-Peter Schwarz, *Adenauer und die Kernwaffen*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 37. Jg. 1989, S. 567-593, hier S. 577

⁵ So die nachvollziehbare Interpretation von Meinungsumfragen durch Michael Geyer, *Der Kalte Krieg, die Deutschen und die Angst. Die westdeutsche Opposition gegen Wiederbewaffnung und Kernwaffen*, in: Klaus Naumann (Hg.), *Nachkrieg in Deutschland*, Hamburg 2001, S. 267-318

⁶ Detlef Bald, *Die Atombewaffnung der Bundeswehr*, S. 106

⁷ Siehe Michael Geyer. S. 276ff.

⁸ Wolfram Wette, *Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges (1945-1955)*, in: *Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945-1955*, hrsgg. von Detlef Bald und Wolfram Wette, Essen 2008, S. 9-23, hier S. 17

⁹ Siehe die Schilderung von Adenauers Sohn Paul: „Ich erinnere mich deutlich daran, dass mein Vater vor seinem Tode einen mir sehr nahe gehenden Fiebertraum von den Russen am Rhein hatte. Dieser war verbunden mit Vorstellungen von Verwüstungen dessen, was Europa ist. Das ging bis Straßburg. Es waren ganz konkrete Bilder, die ihn da peinigten.“ (Konrad Adenauers *Regierungsstil*, hrsgg. von Hans-Peter Schwarz, (Rhöndorfer Gespräche Bd. 11), Bonn 1991, S. 132

¹⁰ Guido Grünwald (Hrsg.), *Nieder Die Waffen! Hundert Jahre Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1992)*, Bremen 1992, S. 143 f.

¹¹ Alexander Gallus, Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945-1990, Düsseldorf 2001. Zu Vorstellungen einer „aristokratischen Demokratie“ (vertreten von Theodor Kögler und seinem Freiheitsbund) sowie der volksgemeinschaftlichen Konzeption August Haußleitners und der Deutschen Gemeinschaft siehe S. 190 f. und 226 ff.

¹² Friedrich-Karl Scheer, Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1981, S. 462 ff.; Dieter Riesenberger, Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland, Göttingen 1985, S. 172 ff.; Karl Holl, Pazifismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1988, S. 153 ff.

¹³ Für einen ersten Überblick siehe Guido Grünewald und Dieter Riesenberger, Die Friedensbewegung nach den Weltkriegen, in: Lernen aus dem Krieg? Deutsche Nachkriegszeiten 1918 und 1945, hrsgg. von Gottfried Niedhart und Dieter Riesenberger, München 1992, S. 96-120, vor allem S. 110 ff. Für Einzelstudien einzelner Organisationen siehe Guido Grünewald, Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK). Ihre Geschichte 1945 bis 1968, Köln 1982; Stefan Appellius, Pazifismus in Westdeutschland. Die Deutsche Friedensgesellschaft 1945-1968, 2 Bde., Aachen 1991

¹⁴ Kurt Schumacher beispielsweise grenzte sich im September 1950 deutlich vom Pazifismus ab. Dieser habe zwar eine beachtenswerte emotionale Bedeutung, könne aber nicht Grundlage der politischen Entscheidungen einer Partei sein. Siehe Michael Werner, Die „Ohne mich“-Bewegung. Die bundesdeutsche Friedensbewegung im deutsch-deutschen Kalten Krieg (1949-1955), Münster 2006, S. 157 f.

¹⁵ Siehe Albert Krölls, Kriegsdienstverweigerung. Das unbequeme Grundrecht, Frankfurt/M. 1980, S. 25 ff.; Guido Grünewald, Die Internationale der Kriegsdienstgegner, S. 100 ff.; Patrick Bernhard, Von „Drückebergern“ zu „Helden des Alltags“ – Zur Geschichte der Wehrdienstverweigerer in der Bundesrepublik 1945-1990, in: Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), Ich dien' nicht! Wehrdienstverweigerung in der Geschichte, Berlin 2008, S. 127-147, vor allem S. 128 ff.

¹⁶ Helmut Kramer, Die justizielle Verfolgung der westdeutschen Friedensbewegung in der frühen Bundesrepublik, in: Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945-1955, hrsgg. von Detlef Bald und Wolfram Wette, Essen 2010, S. 49-62, hier S. 53. Zum Gesamtkomplex siehe Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt/M. 1978

¹⁷ Diether Posser, Anwalt im Kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951-1968, München 1991, S. 255

¹⁸ Helmut Kramer, Die justizielle Verfolgung..., S. 60. Der Pazifist Arnold Haumann, dem Anfang der 1950er Jahre wegen häufiger DDR-Reisen der Reisepass entzogen wurde und der häufige Hausdurchsuchungen und Verhöre über sich ergehen lassen musste, musste 9 Jahre auf sein Strafverfahren warten, das dann nach weiteren 2 Jahren mit einem Freispruch mangels Tatverdacht endete: „Sehr deutlich spüre ich Entlastung und Befreiung von dem Jahre andauernden vor allem psychischen Druck, dem ich ausgesetzt war. Das kann kaum jemand nachempfinden, der es nicht selbst durchgemacht hat. Nun kommen übrigens auch einige Bekannte und Kollegen wieder auf mich zu, die sich in der Vergangenheit ostentativ von mir zurückgezogen hatten.“ (Arnold Haumann, „Gott

mit uns?“ Zwischen Weltkrieg und Wende. Widerspruch eines politisch engagierten Theologen, Bonn 1992, S. 185)

¹⁹ Siehe die Zusammenfassung in: Nieder Die Waffen!, S. 151 f.. Details in Guido Grünewald, Die Internationale der Kriegsdienstgegner und Stefan Appelius, Pazifismus in Westdeutschland. Für Behinderungen und Schikanen bei den Ostermärschen siehe z. B. die Schilderungen in den Erlebnisberichten von Andreas Buro (S. 14), Helga und Konrad Tempel (S. 16), Herbert Stubenrauch (S. 36) und Heiner Halberstadt (S. 578.) in: Geschichten aus der Friedensbewegung – Persönliches und Politisches – von Andreas Buro gesammelt und herausgegeben für das Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln 2005

²⁰ In den „Materialien über die staatsfeindlichen Bestrebungen sowjetzonal gelenkter Organisationen in der Bundesrepublik“, die im Dezember 1950 vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegeben wurden, wurde die DFG als befreundete Organisation der Nationalen Front aufgeführt. (Appelius, Pazifismus in Westdeutschland, S. 260) 1952 veröffentlichte das gleiche Ministerium ein „Verzeichnis der kommunistischen Tarn- und Hilfsorganisationen“, indem eine nicht existierende Internationale der Kriegsdienstverweigerer gelistet wurde. Die Bitte um Richtigstellung wurde abschlägig beschieden, da ja „kein Grund für die Annahme vorhanden“ sei, dass die IdK „für eine kommunistische Tarnorganisation gehalten wird“. Im „Industrie-Warndienst zur Abwehr wirtschaftsschädigender Tätigkeit“ tauchte die zählebige Phantominternationale ein Jahr später prompt wieder auf. (Grünewald, Die Internationale der Kriegsdienstgegner, S. 122 f.)

²¹ In einem Schreiben des Bundesamtes für Verfassungsschutz an das Auswärtige Amt vom 30.07.1954 heißt es in Bezug auf die ADF, diese sei „keine Organisation mit kommunistischer Zielsetzung“. „Einzelne Gruppen“ der in der ADF zusammengeschlossenen Verbände seien „gelegentlich von kommunistischen Kräften unterwandert worden, die jedoch einen nennenswerten Einfluss und damit durchschlagenden Erfolg nicht haben erzielen können.“ In einem Brief des Bundesministeriums für Verteidigung an Major a.D. Alois Hanke vom 28.11.1955 stand: „Eingehende Ermittlungen ergaben, dass die ‚Internationale der Kriegsdienstgegner‘ keine verfassungsfeindlichen Tendenzen hat. Eine kommunistische Unterwanderung oder Beeinflussung werden ausdrücklich abgelehnt.“ (beide Zitate in Appelius, Pazifismus in Westdeutschland, S. 360 und S. 380)

²² Jedes GdW-Mitglied musste im Aufnahmeantrag folgenden Passus unterschreiben: „Ich verpflichte mich, die Gruppe bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen und mich dafür einzusetzen, dass ihre Unabhängigkeit von allen einseitig orientierten Interessengruppen, vor allem den Kommunisten und ihren Tarnorganisationen, gewahrt bleibt.“ (Guido Grünewald, Zwischen Kriegsdienstverweigerer-Gewerkschaft und politischer Friedensorganisation: Der Verband der Kriegsdienstverweigerer 1958-1966, Hamburg 1977, S. 37). § 7 der VK-Satzung lautete ähnlich.

²³ Keller sollte sich verpflichten, „a) jede Schmälerung des Ansehens der Bundeswehr und des Soldatentums, b) jede Schwächung des staatsbürgerlichen Willens, im Rahmen des Grundgesetzes und der Wehrgesetze für den Bestand des Staates im Verteidigungsfalle auch mit der Waffe einzutreten, c) jede öffentliche Beeinflussung von Wehrpflichtigen, die dahingeht, in Ausweitung des dem Art. 4 Abs. 3 GG innenwohnenden Schutzgedankens eine allgemeine Kriegsdienstverweigerung zu erzielen“, zu vermeiden. Der österreichische Staatsbürger lehnte dies ab und kehrte 1962 in sein Heimatland zurück. (Appelius, Pazifismus in Westdeutschland, S. 466)

²⁴ Böwing schreibt u.a.: „Leider wurde gegen unsere junge Bewegung eine kaum zu überbietende Schmutzkampagne seitens der SPD und zum kleineren Teil auch vom DGB geführt. Es gab gewerkschaftliche Rundschreiben mit schlimmen Verdächtigungen und SPD-nahe Kreise brachten mindestens zwei Hetzbroschüren heraus.“ (Werner Böwing, Erinnerungen an den Versuch, mit einer Luftpumpe die Windrichtung zu ändern, Solingen 1997, S. 155)

²⁵ Für die DFG siehe die auf der Kölner Bundestagung im September 1950 verabschiedete Resolution, abgedruckt in Appellius, Pazifismus in Westdeutschland, S. 244 f. Der IdK diente die 1952 von Generalsekretär Theodor Michaltscheff formulierte .Aussage als Leitformel: „Wir wollen weder mit einseitig östlich ausgerichteten Organisationen und Einzelpersonen gegen den Westen, noch mit einseitig westlich ausgerichteten Organisationen und Einzelpersonen gegen den Osten zusammenarbeiten.“ (Grünwald, Die Internationale der Kriegsdienstgegner, S. 120). Das Verbot der Volksbefragung kritisierten beide Organisationen; sie plädierten für eine politische Auseinandersetzung mit Kommunisten.

²⁶ So übereinstimmend Michael Werner, Die „ohne mich“-Bewegung. S. 282 und Till Kössler, Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945-1968, Düsseldorf 2005, S. 410. Beide Autoren haben auch den Bestand des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs der SED ausgewertet. Kössler weist darauf hin, dass die Kommunisten in den Protestbewegungen der 1950er Jahre „zumeist kaum Einfluss auf die Bedingungen der Zusammenarbeit“ hatten und „eine weitgehende Zurückstellung ihrer politischen Vorstellungen akzeptieren“ mussten, „damit ihre Mitarbeit stillschweigend geduldet wurde.“ (S. 409) Bei der WFFB sei das anders gewesen; hier sei es zu „einer halbwegs offenen und gleichwertigen Zusammenarbeit“ gekommen. Die Gründe sieht Kössler in ähnlichen „frauenspezifischen Interessen und Erfahrungen in einer weitgehend männlich dominierten politischen Öffentlichkeit“ und im christlichen Bekenntnis vieler WFFB-Mitglieder, „das eine Distanz zur kommunistischen Weltanschauung glaubhaft machte und somit den Akteurinnen einen größeren Spielraum im Umgang mit den Kommunistinnen verschaffte.“ (S. 410)

²⁷ Siehe die Schilderung der juristischen Auseinandersetzung bei Diether Posster, Anwalt im Kalten Krieg, S. 80 ff.

²⁸ Arnold Haumann, „Gott mit uns?“, S. 82 f.

²⁹ Siehe Anmerkung 18

³⁰ Werner Böwing, Erinnerungen an den Versuch, mit einer Luftpumpe die Windrichtung zu ändern, S. 155. Böwing, der laut telefonischer Auskunft von Ralf Rogge, Leiter des Stadtarchivs Solingen, auch in der Friedensbewegung der 1980er und 1990er Jahre auf strikte Abgrenzung von kommunistischen Positionen bedacht war, beschreibt in seinen Erinnerungen das Dilemma, in das die strikte Ausgrenzungspolitik der SPD ihn und andere Pazifisten führte. Politischer Druck und massive Drohungen mit beruflichen Nachteilen führte zum Ausfall fähiger Aktivisten; die Lücke schlossen Kommunisten und ihnen Nahestehende, die aber, „das muss fairerweise gesagt werden“, sich in der hier beschriebenen Ostermarschbewegung in Nordrhein-Westfalen zurückhielten. Böwings anhaltendes Unbehagen über die Situation wird deutlich, wenn er fortfährt: „Das war auch gut so, denn uns konnte man nicht kommen mit Parolen wie ‚Die Atombombe in den Händen der Arbeiterklasse ist anders zu bewerten als die Atombombe in Kapitalistenhänden.‘“ (S. 154)

³¹ Till Kössler, Abschied von der Revolution, S. 231 f.

³² Schirrmacher schrieb weiter: „Je mehr die Völker aufwachen und die Gefahren erkennen, die aus der atomaren Rüstung für die Welt erwachsen sind, umso hektischer und überstürzter wird das Tempo der Ausrüstung mit atomaren Massenmordmitteln in unserem eigenen Land. Der schizophrene Drang, das Ergebnis des zweiten Weltkrieges mit Waffengewalt zu revidieren, zwingt die, die mit dem Leben des westdeutschen Volkes Poker spielen, dazu, ihre neue Diktatur nach altem Vorbild mit Notstandsgesetzen und Freizügigkeitsbeschränkungen sowie ständige Verfassungsverbiegungen zu stützen.“ (Grünewald, Die Internationale der Kriegsdienstgegner, Anm. 232, S. 479)

³³ Siehe die Schilderung bei Detlef Bald, Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955-2005, München 2005, S. 58ff. Laut Bald „waren das Kanzleramt sowie die außen-, sicherheits- und militärpolitischen Eliten zum äußersten Risiko, auch zu einem Krieg mit Atomwaffen bereit“, scheiterten aber am Widerspruch der USA. (S. 60)

³⁴ So die wohl zutreffende Einschätzung von Alexander Gallus (Die Neutralisten, S. 284 f.), der die Unterlagen des Politbüros und der Westkommission des Zentralkomitees der SED sowie die Nachlässe führender DDR-Politiker ausgewertet hat.

³⁵ Beispielhaft sei auf die Heidelberger Theologin Hannelis Schulte verwiesen, seit 1966 Co-Vorsitzende der DFG und 1968-1974 gleichberechtigte Vorsitzende der 1968 entstandenen DFG-IdK. Schulte, die u.a. auch in der DFU aktiv war, versuchte Kritik an den realsozialistischen Staaten zurückzudrängen. Am 21.08.1968 schrieb Schulte an den sowjetischen Botschafter in Bonn: „Ich möchte Sie bitten, die Erregung meiner Landsleute zu verstehen und ihnen den Schock, den die heutigen Morgennachrichten hervorriefen, zugute zu halten. Ich bin überzeugt, dass die Sowjetunion nur ungern und unter dem Zwang der Ereignisse den Einmarsch in die CSSR unternommen hat. Gehe ich fehl in der Vermutung, dass ein Zusammenhang mit einer gefährlichen Eskalation des Vietnamkrieges besteht, die mir von Seiten der USA bevorzustehen scheint?“ (Maria Klein/Gerhard Müller/ Rüdiger Schlaga, Politische Strömungen in der Friedensbewegung 1966-1974. Diskussionen, Auseinandersetzungen und Veränderungen in der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG), der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) und dem Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) bis zu deren Vereinheitlichung zur Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK), Frankfurt/M. 1978, S. 94 f.

³⁶ Rüdiger Schlaga, Die Kommunisten in der Friedensbewegung – erfolglos? Die Politik des Weltfriedensrates im Verhältnis zur Außenpolitik der Sowjetunion und zu unabhängigen Friedensbewegungen im Westen (1950-1979), Münster 1991, S. 304

³⁷ So Hans-Hermann Köper, GdW-Gründer und Mitglied im Bundesvorstand des VK, in der Verbandszeitschrift. (Hans-Hermann Köper, Für Frieden und Freundschaft, in: INFORMATIONEN 7/59, S. 2; zitiert bei Grünewald, Zwischen Kriegsdienstverweigerer-Gewerkschaft und politischer Friedensorganisation, S. 68

³⁸ Laut Günter Wernicke beanspruchte der Weltfriedensrat ein „Wahrheitsmonopol im Friedenskampf“ (Günter Wernicke, Zum Kampf der Friedensbewegungen gegen das nukleare Wettrüsten. Anmerkungen zu einem Kernproblem der Welt in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Herbert Jansen/Wolfgang Triebel (Hrsg.), Gebt dem Frieden im 21. Jahrhundert neue Chancen.

Lehren und Erfahrungen der Friedensbewegung im 20. Jahrhundert. Historisches, Politisches, Aktuelles über Pazifismus und Anforderungen an die Friedensbewegung im 21. Jahrhundert, Schkeuditz 2000, S. 63-86, hier S. 64), entwickelte aber auch „Momente der Eigenständigkeit“ (derselbe, , Verbündete oder Rivalen? Einige Anmerkungen zur Diskussion +ber die Friedensbewegungen im Kalten Krieg, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung , 41. Jg. (1999), S. 62-77, hier S. 77). Rüdiger Schlaga (Anm. 36) hat in seiner Studie herausgearbeitet, dass der Weltfriedensrat in der 1. Phase bis etwa 1953 drei Funktionen hatte: a) Beeinflussung der westlichen Außen- und Militärpolitik b) Festlegung der kommunistischen Parteien und ihrer zugeordneten Organisationen auf den Status quo (vor allem die Basis der französischen KP sträubte sich und wollte an einer revolutionären Zielsetzung festhalten) c) Erzeugung von Loyalität bei der Bevölkerung in Osteuropa mittels des Friedensthemas. In einer 2. Phase kam es wiederholt zu inneren Krisen, unter denen der chinesisch-sowjetische Konflikt herausragt. Später ab 1966 traten die Wünsche und Probleme von bereits regierenden oder kämpfenden Befreiungsbewegungen aus Ländern der sog. Dritten Welt in den Vordergrund; die praktische Tätigkeit konzentrierte sich auf Mitarbeit in UN-Gremien.

³⁹ Probst Heinrich Grüber, seit 1949 Generalbevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Regierung der DDR, bezeichnete Faßbinder in einer Anhörung anlässlich des gegen sie geführten Dienstenthebungsverfahrens als „eine Fanatikerin der Wahrhaftigkeit“. (Diether Posser, *Anwalt im Kalten Krieg*, S. 69). Heinz Kraschutzki hatte bereits in den 1920er Jahren die Nationalsozialisten bekämpft, musste 1932 nach Spanien fliehen, wurde dort 1936 verhaftet und erst im Oktober 1945 frei gelassen. In Potsdam war er seit 1946 als Geschichtsdozent in der Lehrerausbildung tätig, wurde aber 1948 entlassen, da sein Unterricht nicht marxistisch genug sei. Kraschutzki, der führend in der IdK mitarbeitete, lernte 1949 auf einem Weltfriedenstreffen in Indien die Lehren Gandhis kennen. Seitdem hielt er sich an Gandhis Grundsätze: „Ich will bei der Wahrheit bleiben. Ich will frei sein von Furcht. Ich will keine gewaltsamen Mittel anwenden. Ich will mich keiner Ungerechtigkeit beugen. Ich will in jedem Menschen den göttlichen Kern sehen und an ihn appellieren.“ (Heinz Kraschutzki, *Unveröffentlichte Erinnerungen*, S. 290. Zitiert in Helmut Donat, *Kapitänleutnant a.D. Heinz Kraschutzki (1891-1982) – Ein Offizier im Kampf für ein „anderes“ Deutschland*, in: Wolfram Wette (Hrsg.) unter Mitwirkung von Helmut Donat, *Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871-1933*, Bremen 1999, S. 339-362, Zitat S. 357)

⁴⁰ Siehe Haumanns Beobachtungen beim Wiener Völkerkongress für den Frieden im Dezember 1952 (Haumann, „Gott mit uns?“, S. 128).

⁴¹ Der stellvertretende Vorsitzende Heinrich Werner, der als autorisierter IdK-Vertreter im Juli 1962 am Weltkongress für allgemeine Abrüstung und Frieden in Moskau teilnahm, sparte in seiner Rede die Forderung nach Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in allen Staaten aus. Angesichts heftiger Kritik rechtfertigte sich Werner mit den Worten: „Dazu kann ich nur sagen, dass der Kongress in seiner ganzen Anlage dafür gar nicht geeignet war. Es sollten ja gemeinsame konkrete politische Richtlinien gefunden werden zum Problem der allgemeinen Abrüstung. Eine weltanschaulich so gebundene Frage wie die Kriegsdienstverweigerung hätte ein Problem zwischen die Fronten geworfen, das nicht hätte ausdiskutiert werden können.“ (Grünewald, *Die Internationale der Kriegsdienstverweigerer*, S. 488 f., Anm. 312)

⁴² In den 1950er Jahre hatte der Friedensrat vor allem die innenpolitische Funktion, der Bevölkerung in der DDR die Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion und der eigenen Regierung nahe zu

bringen und mittels Mobilisierung beispielsweise anlässlich von Wahlen Loyalität zu schaffen. Nach dem Mauerbau wurden die ca. 20.000 lokalen Komitees in die Nationale Front überführt; der Friedensrat erhielt eine zentralistische Struktur (Siehe Rüdiger Schlaga, *Peace Movements as a Party's Tool? The Peace Council of the German Democratic Republic*, in: *Towards a Comparative Analysis of Peace Movements*, ed. by Katsuya Kodama and Unto Vesa, Aldershot 1990, pp. 129-146). Ab da bestand seine Hauptaufgabe darin, mittels internationaler Kontakte die diplomatische Anerkennung der DDR zu fördern. (Günter Wernicke, *The World Peace Council and the Antiwar Movements in East Germany*, in: *America, the Vietnam War and the World. Comparative and International Perspectives*, ed. by Andreas W. Daum/Lloyd C. Garner/Wilfried Mausbach, Cambridge/New York 2003, S. 299-319, hier S. 301)

⁴³ Heinz Willmann, Generalsekretär des Friedensrats, schrieb am 30.04.1962 in den IdK-Generalsekretär Theodor Michaltschiff: „Es konnte sich keiner unserer Freunde der Auffassung anschließen, die Sie in Ihrem Brief vom 7. Februar vertraten, dass die Kriegsdienstverweigerung ‚eines der radikalen Mittel zur Bekämpfung des Krieges‘ ist. Es wird wohl auch niemand im Ernst behaupten können, dass die paar Hundert in der Bundesrepublik freigestellten und amtlich anerkannten Kriegsdienstverweigerer etwas an dem aggressiven Kurs des Herrn Strauß und seiner Hintermänner ändern werden.“ (Grünwald, *Die Internationale der Kriegsdienstgegner*, S.488, Anm. 303

⁴⁴ ebenda, S. 242

⁴⁵ Siehe Appellius, *Pazifismus in Westdeutschland*, S. 575-603

⁴⁶ Zum Marsch siehe Reiner Steinweg, *Der große Marsch von San Francisco nach Moskau*, Selbstverlag Hohenhausen bei Lemgo, o.J. (1961). Dort ist auf den Seiten 27/28 das verteilte Flugblatt abgedruckt. Siehe auch Günter Wernicke/Lawrence S. Wittner, *Lifting the Iron Curtain: The Peace March to Moscow of 1960-1961*, in: *The International History Review*, vol. 21 (1999), pp. 900-917

⁴⁷ Der Deutsche Friedensrat war mit dem Marsch überhaupt nicht glücklich. Generalsekretär Heinz Willmann schrieb am 3.5.1961 an das sowjetische Friedenskomitee: „Es kommt doch bewusst oder unbewusst auf eine Irreführung der Öffentlichkeit hinaus, wenn man die Politik der NATO-Staaten gleichsetzt mit der Politik der sozialistischen Ländern.“ Im Abschlussbericht hieß es, dass „dieser Marsch durch die DDR in keiner Weise eine Unterstützung für die Zielsetzung des Deutschen Friedensrates war und zur Propagierung des Deutschen Friedensplanes und im Kampf gegen den westdeutschen Militarismus beigetragen hat.“ (Günter Wernicke, *The U.S. Peace Movement on Detente in European Perspective from the 1940s to 1963*, in: *Papers of the Peace History Commission IPRA/Malta 31 October – 4 November 1994*, compiled by Anne C. Kjelling and Jeffrey Kimball, Oslo, Norway & Oxford, Ohio, June 1995, pp. 147-165; Zitate S. 164, Anm. 55)

⁴⁸ Nach seiner Rückkehr sah Reiner Steinweg zu seiner Überraschung im Kino in der damals üblichen Wochenschau Bilder des Schweigekreises versehen mit dem Kommentar, die Gruppe habe auf dem Roten Platz in Moskau Redeverbot gehabt. (Reiner Steinweg, *Geschichten vom San Francisco-Moskau-Marsch für Frieden 1961*, in: *Geschichten aus der Friedensbewegung*, S. 27)

⁴⁹ In einer Broschüre der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise(ADK) hieß es beispielsweise: „Welche Motive aber auch im Einzelfall entscheidend sein mögen, eines steht fest – ob dies die Dienstgegner jeweils im einzelnen wünschen oder nicht -: Niemand freut sich über den Eifer und die

ständigen Bemühungen der Dienstverweigerer aller Schattierungen so sehr wie die sowjetdeutschen Machthaber! Kaum etwas würde im derzeitigen Stadium der außenpolitischen Entwicklungen die Regierung hinter dem Eisernen Vorhang und ihre russischen Hintermänner derart beglücken wie eine ausgedehnte Dienstverweigerungsbewegung in der Bundesrepublik.“ (Schriftenreihe zur Wehrpolitik, Heft Nr. 3: Um die Kriegsdienstverweigerung, Bad Godesberg o.J. verm. 1954, S. 3) Die offiziell unabhängige und überparteiliche ADK – Gründung 1951 – wurde von der Bundesregierung finanziert und betrieb vor allem Propaganda für Adenauers Wehrpolitik.

⁵⁰ Siehe beispielsweise Haumanns Einsatz zugunsten der Evangelischen Jungen Gemeinde in der DDR (Haumann, „Gott mit uns?“, S. 120 ff.) Der für das Disziplinarverfahren – eröffnet im August 1953 – gegen Klara Marie Fassbinder vorgesehene Untersuchungsführer erklärte sich für befähigt, weil sich die Pazifistin erfolgreich für die Freilassung eines nahen Verwandten aus einem Zuchthaus der DDR eingesetzt hatte (Diether Posser, *Anwalt im Kalten Krieg*, S. 67).